

IMK unterschätzt Gefahr von rechts - Grüner Appell aus Bund und Ländern

15. Juni 2026

Innenpolitiker*innen aus Bund und Ländern rufen Innenministerinnen und Innenminister auf, Rechtsextremismus auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz zu setzen:

Rechtsextremismus ist eine der größten innenpolitischen Bedrohungen für Deutschland. Die politisch motivierte Kriminalität von rechts liegt weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Das hat nicht zuletzt die Vorstellung der Zahlen zu Politisch motivierter Kriminalität gezeigt. Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus nehmen zu – in der Sprache ebenso wie in Form von Gewalt. Angriffe auf CSDs, Geflüchtetenunterkünfte und demokratisch Engagierte zeigen, wie real die Gefahr von rechts ist.

Umso unverständlicher ist es, dass Rechtsextremismus auf der Innenministerkonferenz erneut kein Thema ist. Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, dem Thema einen entsprechend herausgehobenen Stellenwert einzuräumen. Angesichts der aktuellen Entwicklung braucht es eine klare Priorisierung dieses Themas auf der gemeinsamen Agenda von Bund und Ländern und gemeinsame Maßnahmen.

Wir fordern die Innenministerinnen und Innenminister auf, entschlossen gegen die Radikalisierung von Jugendlichen in sozialen Medien, gegen Frauenhass, gegen rechte Gewalt und gegen rechtsterroristische Strukturen vorzugehen. Neben einer konsequenten Strafverfolgung braucht es wirksame Präventions- und Deradikalisierungsprogramm, eine verlässliche Förderung demokratischer Bildungsarbeit sowie einen besseren Schutz für Betroffene rechter Gewalt.

Mit Sorge beobachten wir zugleich Bestrebungen, Demokratieförderung infrage zu stellen oder bestehende Förderstrukturen zu schwächen. Gerade in Zeiten zunehmender rechtsextremer Bedrohungen braucht es mehr und nicht weniger Unterstützung für politische Bildung, Präventionsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement. Eine starke Demokratie verteidigt sich nicht allein durch Sicherheitsbehörden, sondern auch durch eine starke Zivilgesellschaft.

Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern, um rechte Netzwerke konsequent zu verfolgen, Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken und demokratische Strukturen zu stärken. Dazu gehören die konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden, die Zerschlagung der Finanzierungsstrukturen rechtsextremer Netzwerke, der Ausbau von Ausstiegs- und Deradikalisierungsangeboten, ein entschlossenes Vorgehen gegen

IMK unterschätzt Gefahr von rechts - Gemeinsamer Appell aus Bund und Ländern

rechtsextreme Organisierung im digitalen Raum sowie eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung rechter Gewalt und rechtsterroristischer Strukturen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus darf auf der Innenministerkonferenz kein Randthema sein.

Unterzeichner*innen

Marcel Emmerich, Mitglied des Bundestages, Sprecher für Innenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Julia Höller, Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Irene Mihalic, Mitglied des Bundestages, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Konstantin von Notz, Mitglied des Bundestages, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marlene Schönberger, Mitglied des Bundestages, Mitglied im Innenausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schahina Gambir, Mitglied des Bundestages, Mitglied im Innenausschuss für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pascal Haggenmüller, Mitglied des Landtages Baden-Württemberg, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Florian Siekman, Mitglied des Bayerischen Landtages, Sprecher für Inneres und queeres Leben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Vasili Franco, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Sprecher für Innenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ario Mirzaie, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Sprecher für Strategien gegen Rechts der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Labetzke, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Sprecher für Innenpolitik und Rechtspolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vanessa Gronemann, Mitglied des Hessischen Landtages, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Valentin Lippmann, Mitglied des Sächsischen Landtages, Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Innenpolitik, Verfassung und Recht sowie Datenschutz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

IMK unterschätzt Gefahr von rechts - Gemeinsamer Appell aus Bund und Ländern

Sebastian Striegel, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, Sprecher für Innenpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jan Kürschner, Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, Sprecher für Innen, Recht, Medien der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses

Michael Lühmann, Mitglied des Landtages Niedersachsen, Sprecher für Innenpolitik und Antifaschismus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Carl-Bernhard von Heusinger, Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz, Sprecher für Wirtschaft, Innen- und Sicherheitspolitik, Demokratie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN